

Sitzungsvorlage DS 2015/196

Stadtkämmerei
Helmut Nau
(Stand: 17.06.2015)

Mitwirkung:

Aktenzeichen: 913.6

Gemeinderat

öffentlich am 29.06.2015

Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2014 der Stadt

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der zweckgebundenen "Stellplatz-Rücklage" werden zur Finanzierung des ZOB in Ravensburg 173.486 € entnommen.
3. Der Gemeinderat stimmt dem vorläufigen Abschluss zu. Über den endgültigen Budgetabschluss beschließt er im Zuge der Feststellung der Jahresrechnung 2014 (voraussichtlich im 4. Quartal 2015).

Sachverhalt:

1. Haushaltsplanung 2014 Stadt

Der Gemeinderat hat am 16.12.2013 die **Haushaltssatzung** beschlossen. Veranschlagt war eine Zuführungsrate von 5.800.000 € und eine Kreditermächtigung von 1.400.000 €. Der allgemeinen Rücklage sollten 2.110.000 € entnommen werden zur Finanzierung der 2. Rate der Kreditsondertilgung im Zuge der Übertragung der Eissporthalle auf den Eigenbetrieb Stadtwerke.

Am 14.07.2014 wurde die **Nachtragsatzung** mit geänderter Finanzplanung bis 2017 vom Gemeinderat beschlossen. Hauptgründe waren die erstmalige finanzielle Umsetzung des Projekts "Neuordnung Verwaltungsstandorte", die Korrektur der Landesförderung für die Kleinkindbetreuung sowie umfangreiche Umschichtungen vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt (Vorbereitung Umstellung auf das NKHR). Eingearbeitet wurden auch Beschlüsse zu einigen städtischen Investitionen und zur Kapitaleinlage der Stadt an den Eigenbetrieb Stadtwerke. Das Regierungspräsidium hat die Gesetzmäßigkeit der Satzungen bestätigt und die Kredit- und Verpflichtungsermächtigungen genehmigt.

Eckpunkte **Nachtragsplan 2014**:

Verwaltungshaushalt (+ = Verbesserung):

• saldierte Gesamtverbesserung UA 1.9000 und 1.9100	+ 1.700.000
• weniger Landeszuschüsse 2014 für Kiga/Kita	- 1.000.000
• Umschichtung vom Vermögenshaushalt (neutral)	- 980.000
• Miet- und Sachkosten "Verwaltungsstandorte"	- 600.000
• Minderausgaben/Mehreinnahmen Verwaltungshaushalt	<u>+ 180.000</u>
• geringere Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt	- 700.000

Vermögenshaushalt (+ = Verbesserung):

• geringere Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt	- 700.000
• neutrale Verschiebungen zum Verwaltungshaushalt	+ 980.000
• Projekt "Neuordnung Verwaltungsstandorte" (netto)	- 780.000
• Kapitaleinlage Stadtwerke	- 410.000
• Reduzierung Investitionsprogramm 2014	+ 855.000
• saldierte Veränderungen Vermögenshaushalt	<u>+ 55.000</u>
damit ist der Vermögenshaushalt ausgeglichen	0

Kreditermächtigung bleibt unverändert 1.400.000

Über die voraussichtliche Entwicklung der Finanzen bis Ende 2014 wurde der Gemeinderat am **21.11.2014 in Weißenau** informiert. Zum damaligen Zeitpunkt wurde eine Ergebnisverbesserung im Verwaltungshaushalt von etwa 3.500.000 € prognostiziert – insbesondere 2.000.000 € höhere Einnahmen aus der Gewerbesteuer, geringere Personalausgaben und allgemeine Budgetverbesserungen. Als Ziel wurde genannt, auf die mit 2.110.000 € geplante Rücklagenentnahme zu verzichten und der Rücklage darüber hinaus Mittel zum Ausgleich der Steuermehreinnahmen 2014 im FAG 2016 zuzuführen.

Ohne Vorankündigung musste am 17.12.2014 noch für das Haushaltsjahr 2014 bereits eingemommene Gewerbesteuer mit zusammen fast 5.000.000 € an drei Betriebe erstattet werden. Kurz vor Kassenschluss hat sich dadurch das vorläufige Gesamtergebnis gegenüber der Prognose vom November unerwartet noch deutlich verschlechtert. Die geringeren Steuereinnahmen führen im FAG 2016 zu höheren Schlüsselzuweisungen (Teilausgleich).

2. Eckdaten vorläufiger Abschluss (Stand 16.06.2015)

Das Regierungspräsidium hat im Zuge der Haushaltsgenehmigungen 2013/14 deutlich darauf hingewiesen, dass die Stadt eine nachhaltige Risikovorsorge treffen muss und konsequente Konsolidierungsanstrengungen nötig sind (Abbau Schulden, Aufbau Rücklage, Höhe Investitionsvolumen). Dies mit Blick auf den zum damaligen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen WGV-Rechtsstreit. Der Abschluss kommt diesen Vorgaben nach, die Kreditermächtigung wird nicht ausgeschöpft, die Risikovorsorgerücklage um 550.000 € verbessert.

• Verwaltungshaushalt (gerundet)

Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt	6.880.000
entspricht einer Ergebnisverbesserung von	<u>1.780.000</u>
davon:	
○ Verschlechterung im UA 1.9000 (Steuern, FAG)	- 1.820.000
○ Verbesserungen im Personalbereich insgesamt	320.000
○ sonstige Minderausgaben in den Budgets	2.100.000
○ sonstige Mehreinnahmen in den Budgets	1.180.000

• Vermögenshaushalt (gerundet)

○ Verbesserung durch höhere Zuführungsrate	1.780.000
○ Nettoergebnis Grundstücksbilanz Einzelplan 8	- 800.000
○ Mindereinnahmen Erschließungsbeiträge	- 720.000
○ allgemeine Verbesserungen Vermögenshaushalt	<u>1.690.000</u>
Ergebnisverbesserung insgesamt	1.950.000

• Umsetzung Ergebnisverbesserung:

○ Verzicht auf Vortrag Kreditermächtigung 2014	1.400.000
○ Minderentnahme aus allgemeiner Rücklage	550.000

• Verschuldung im Kämmereihaushalt

○ Stand 31.12.2013	31.047.000
○ Stand 31.12.2014	<u>27.624.000</u>
damit Entschuldung 2014	3.423.000

• allgemeine Rücklage

○ allgemeine Rücklage am 31.12.2014:	9.316.000
○ gesetzlicher Mindestbestand 2015	<u>- 3.030.000</u>
○ Risikovorsorge-Rücklage am 31.12.2014	6.286.000
(davon bereits gebunden 5.000.000 €)	

3. Verwaltungshaushalt

Die **Zuführungsrate** an den Vermögenshaushalt beträgt **6.880.000 €**, dies sind 1.780.000 € mehr als eingeplant. Die Netto-Investitionsrate beträgt rund 5.600.000 €. Das in Weißenau vorläufig genannte Ziel eines "Verzichtes auf eine Rücklagenentnahme" kann zumindest teilweise erreicht werden, dies trotz der erheblichen Gewerbesteuer-Rückzahlungen im Dezember. Ämter, Verwaltung und Politik haben dies zusammen möglich gemacht.

Der Verwaltungshaushalt ist erheblich belastet durch Mindereinnahmen bei der Gewerbe- und der Einkommensteuer mit zusammen knapp 3.400.000 €. Insbesondere durch Mehreinnahmen bei den FAG-Schlüsselzuweisungen und Minderausgaben bei den städtischen Umlagen können die Belastungen knapp halbiert werden. Im Saldo schließt der Unterabschnitt 1.9000 (Finanzausgleich, Steuern, Umlagen) mit einem Nettoabmangel von rund 1.820.000 €. Über Minderausgaben und Mehreinnahmen in den **Budgets** und durch geringere Personalausgaben von zusammen 3.600.000 € gelingt es sogar eine **Verbesserung der Zuführungsrate um 1.780.000 €** zu erreichen.

Die **Gewerbesteuer** schließt mit 34.230.000 €, damit 2.770.000 € weniger als eingeplant. Völlig unerwartet musste am 17.12.2014 bereits eingemommene Gewerbesteuer mit einem Gesamtvolumen von fast 5.000.000 € an drei Betriebe erstattet werden. Ohne diese Rückzahlungen wäre das am 21.11.2014 in Weißenau prognostizierte Ergebnis von 39.000.000 € erreicht worden.

Die **Einkommensteuer** war auf der Grundlage des Haushaltserlasses des Landes mit 24.650.000 € veranschlagt. Eingenommen wurden 24.040.000 €, damit 610.000 € weniger als eingeplant.

Auch die Einnahmen im kommunalen **Finanzausgleich** basieren auf den Prognosen im Haushaltserlass des Landes. Gegenläufig zur Einkommensteuer summieren sich Mehreinnahmen von insgesamt 925.000 € aus Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschale und dem Familienleistungsausgleich.

Einnahmen aus der Vergnügungs-, Zweitwohnungs- und Hundesteuer waren mit rund 1.060.000 € veranschlagt. Bei der **Vergnügungssteuer** summieren sich aus deutlich höheren Umsatzzahlen Mehreinnahmen von 70.000 €. Insgesamt hat die Stadt aus diesen Steuern 1.130.000 € eingenommen.

Für **Personalausgaben** waren insgesamt 24.155.000 € veranschlagt. Ausgegeben wurden rund 23.835.000 €, damit knapp 320.000 € weniger als geplant. Über die Vermittlung von Rückkehrerinnen und aller Auszubildenden auf freie Stellen konnte ein wesentlicher Beitrag zur Kosteneinsparung erzielt werden. Leider ist es nicht in allen Fällen gelungen dringend nachzubesetzende Stellen (z. B. im Stadtplanungsamt) auch zeitnah nachzubesetzen. Dies hat im Ergebnis zwar zu einer Einsparung an Personalkosten geführt, allerdings nicht selten auch zu Bearbeitungsrückständen in den betroffenen Organisationseinheiten. Die Personalkosten sind jeweils Teil der einzelnen Budgetabschlüsse.

4. Vorläufiger Budgetabschluss 2014

Bei 11 der 141 Budgets im Verwaltungshaushalt ergaben sich im Einzelfall Mehrbelastungen größer 25.000 € (Mindereinnahmen und Mehrausgaben) mit zusammen 620.000 €. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss ist bei Abweichungen ab 25.001 € zuständig, der Gemeinderat ab 100.001 €.

UA		Abmangel (rund)	Begründung
1.0230	Rechtsangelegenheiten	80.000	ausschließlich Personalkosten; die organisatorischen Änderungen (neues Rechtsamt ab 2014) waren noch nicht berücksichtigt, entsprechende Minderausgaben 1.1101 und 1.1103
1.0810	Personalrat	26.000	höhere Personalkosten durch zusätzliche Freistellung (0,5 Stelle)
1.1101	Ordnungswesen	215.000	ausschließlich Personalkosten; die organisatorischen Änderungen (Ausländerbehörde ab 2014 in diesem Budget) waren noch nicht berücksichtigt, entsprechende Minderausgaben im Budget 1.1103
1.1102	Verkehrswesen	45.000	weniger Bußgeldeinnahmen
1.4350	Obdachlosenunterbringung	29.000	geringere Nutzungsentschädigungen für die Unterkünfte
1.5800	Grünflächen	33.000	höhere Betriebshofleistungen
1.6010	AGM	38.000	höhere Personalkosten
1.7240	Altlastenbeseitigung	44.000	Landeszuweisungen für Altlastenerkundung gehen zeitversetzt ein
1.7512	Hauptfriedhof	44.000	geringere Gebühreneinnahmen und vermehrte Urnenbestattungen
1.7718	Ortsbauhof Taldorf	38.000	höhere Personalkosten und geringeres Umsatzvolumen Ortsbauhof
1.7718	Ortsbauhof Eschach	28.000	geringes Umsatzvolumen Ortsbauhof
	insgesamt	620.000	

Die Mehrbelastungen in diesen 11 Budgets können durch Minderausgaben in den anderen Budgets des Verwaltungshaushaltes aufgefangen werden, insbesondere über die geringeren Personal-, Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Zu beachten ist, dass organisatorische Änderungen im Haushaltsplan teilweise noch nicht umgesetzt waren. Verbuchung und Veranschlagung der Personalkosten können deshalb im Einzelfall abweichen. Die Planansätze insgesamt sind aber ausreichend.

Mit dem Rechnungsprüfungsamt ist seit Jahren abgestimmt, bei der Ermittlung der Budgetergebnisse nur die bereinigten Budgets zugrunde zu legen. Nicht kassenwirksame (neutrale) Verrechnungen bleiben unberücksichtigt.

5. Vermögenshaushalt

Aus den Grundstücksgeschäften im Einzelplan 8 (bebaut und unbebaut) war ein Einnahmeüberschuss von 3.990.000 € veranschlagt. Das Ergebnis beträgt 3.200.000 €, die Planung wird um knapp 800.000 € unterschritten. Ursächlich sind ausschließlich Mindereinnahmen, der Ausgabeansatz wurde um knapp 1.270.000 € unterschritten. Die 2014 insgesamt nicht realisierten Erlöse aus dem Verkauf bebauter städtischer Grundstücke (geplant waren 2.400.000 €) werden zeitversetzt 2015/16 kassenwirksam.

Vor allem wegen geringerer oder zeitversetzter Tiefbautätigkeit liegen die Einnahmen aus **Erschließungs- und Ablösebeiträgen** rund 720.000 € unter der Planung. Die Beiträge werden zeitversetzt überwiegend 2015 kassenwirksam.

Für städtische Bauinvestitionen (**Hoch- und Tiefbau, Stadtsanierung**) sind insgesamt knapp **9.110.000 €** angefallen (einschließlich der vom Gemeinderat am 18.05.2015 beschlossenen und nach 2015 übertragenen Haushaltsreste). Damit wurden insgesamt rund 1.940.000 € weniger ausgegeben als eingeplant. Die Investitionsschwerpunkte sind detailliert unter Ziffer 7.4 erläutert.

Die **Hochbauinvestitionen** summieren sich auf **3.765.000 €** und liegen damit 425.000 € unter der Planung. Schwerpunkte sind insbesondere die Schulen und die Verwaltungsgebäude mit einem Bauvolumen von rund 3.200.000 €.

Für **Tiefbauinvestitionen** an Straßen und Gewässern wurden insgesamt **2.055.000 €** aufgewendet (655.000 € weniger als geplant). Schwerpunkte sind der allgemeine Straßenbau (1.225.000 €), der Bau des Serpentinweges zur Veitsburg (350.000 €) und der Hochwasserschutz (200.000 €).

Die städtischen Eigenanteile zur **Stadtsanierung** im UA 2.6150 summieren sich auf 1.384.000 €. Damit konnte in den Sanierungsgebieten ein Ausgabevolumen von insgesamt **3.290.000 €** umgesetzt werden (860.000 € weniger als geplant).

Auf den ersten Blick weichen die Ausgaben für die Bauinvestitionen, Sanierungsmaßnahmen und Erschließungsvorhaben der Stadt sowie die Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen, Zuschüssen und Zuweisungen zum Teil deutlich von den Planansätzen ab. In aller Regel sind diese Positionen über Projekte eng verzahnt. Zeitverschiebungen wirken sich auf die Ausgaben und die Einnahmen aus. Saldiert ergibt sich eine Nettoverbesserung über alle Investitionen und zweckgebundenen Einnahmen hinweg von rund 1.000.000 €.

Trotz den Einnahmeausfällen 2014 aus Verkaufserlösen und Erschließungsbeiträgen (jeweils mit Nachholung in den Folgejahren) schließt der Vermögenshaushalt mit einer kleinen Eigenverbesserung von rund 170.000 €. Zusammen mit der um 1.780.000 € höheren Zuführungsrate ergibt sich eine Gesamtverbesserung von 1.950.000 €, die zum Schuldenabbau und zur Aufstockung der Rücklage verwendet wird.

6. Kredite Kämmereihaushalt

Die Schulden im Kämmereihaushalt liegen Ende 2014 bei **27.624.000 €**, sie wurden damit um **3.423.000 €** abgebaut. Dies entspricht einer Verschuldung von rund 562 € je Einwohner (49.157 Personen laut Zensus am 30.06.2014), dies sind 70 € weniger als am 31.12.2013. Der **Durchschnittszins** der Kredite im Kämmereihaushalt beträgt **2,80 %**.

Anteilig 2.150.000 € der Tilgungsausgaben entfällt auf die 2. Rate der Sondertilgung im Zuge der Übertragung der Eissporthalle an den Eigenbetrieb Stadtwerke, weitere 1.273.000 € auf ordentliche Kredittilgungen. Im Haushaltjahr wurden keine neuen Kredite aufgenommen (geplant waren 1.400.000 €). Auf die Übertragung der freien Ermächtigung wurde verzichtet (Gemeinderat am 18.05.2015). Dadurch reduziert sich die Verschuldung zum 31.12.2014 entsprechend. Abhängig vom künftigen jährlichen Finanzbedarf bei den Projekten "Verwaltungsstandorte" und "Generalsanierung Gymnasien" werden Kreditaufnahmen in den kommenden Jahren aber nachgeholt werden müssen (zinsgünstige KfW-Darlehen).

7. Rücklagen

Der **allgemeinen Rücklage** sollten laut Planung 2.110.000 € zur Finanzierung der 2. Rate der Sondertilgung "Eissporthalle" entnommen werden. Aus dem Verkaufserlös für die Halle wurden diese Mittel im Vorjahr zweckgebunden in die Rücklage überführt. Tatsächlich müssen knapp 1.560.000 € zur Finanzierung der abschließenden Sondertilgung entnommen werden, die Rücklage verbessert sich damit um rund 550.000 €. Mit Blick auf die erheblichen Gewerbesteuerzurückzahlungen Mitte Dezember 2014 ist dies ein gutes Ergebnis.

In der **Rücklage** sind Ende 2014 laut vorläufigem Abschluss 9.315.000 € gebucht. Im 1. Nachtrag sind 5.000.000 € als Entnahme zur Reduzierung des Fehlbetrags (16.000.000 €) veranschlagt. Weitere Veränderungen sind im 2. Nachtrag nicht vorgesehen. Abzüglich des Mindestbetrages für die Kassenliquidität 2015 sind knapp 1.290.000 € verfügbar. Über den Einsatz der Rücklage zur weitergehenden Fehlbetragsreduzierung wird im Zuge der Haushaltsplanung 2016 ff. entschieden (in Kenntnis der aktuellen Steuereinnahmen 2015 und den FAG-Ausgleichsmechanismen 2017).

Der **Stellplatzrücklage** wurden aus 2014 eingenommenen Stellplatzablösebeträgen 187.000 € zweckgebunden zugeführt. Zur Finanzierung der Kapitalumlage an den GMS für den zentralen Omnibusbahnhof in Ravensburg wurde ein weiterer Abschlag zu Lasten der Rücklage in Höhe von rund 174.000 € angefordert. Damit beträgt die Rücklage Ende 2014 knapp **995.000 €**.

Anlagen:

Rechnungsgruppierungsübersicht Stand 16.06.2015